



Im Dreiländereck sind offene Grenzen essentiell. FOTO: GRAMESPACHER

Vorstoß zur Sicherung der regionalen Zusammenarbeit

Diana Stöcker und Kathrin Amacker wollen nach dem Scheitern des Rahmenabkommens Sonderregelungen erreichen

KREIS LÖRRACH/BASEL. Um die Folgen des gescheiterten Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz abzumildern, drängen zwei Politikerinnen auf regionale Lösungen. Diana Stöcker (CDU), direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis Lörrach-Müllheim, sowie Vize-Präsidentin des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB), und Kathrin Amacker, Präsidentin von Regio Basiliensis sowie Schweizer Alt-Nationalrätin, plädieren gemeinsam dafür, eine Sonderregelung für das Dreiländereck ernsthaft zu prüfen.

„Im Kontext der abgebrochenen Verhandlungen über ein EU-Rahmenabkom-

men mit der Schweiz braucht unsere Dreiland-Region eine kurzfristige Perspektive, damit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht behindert wird“, erklärt Diana Stöcker. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gehe weit über die rein ökonomische Perspektive hinaus. Es bestünden enge wirtschaftliche, kulturelle und soziale Verflechtungen, wird Diana Stöcker in einer gemeinsamen Presseerklärung zitiert. Kathrin Amacker fügt an, Corona mit unterschiedlichen Regelungen in den drei Ländern habe gezeigt, wie wichtig es sei, mit Sonderregelungen die Besonderheiten der Grenzregion zu berücksichtigen.“

Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens, das zahlreiche bilaterale Verträge zwischen der EU und der Schweiz hätte ersetzen sollen, sehen Stöcker und Amacker zwei zentrale Anknüpfungspunkte, die den juristischen Spielraum für eine denkbare Sonderregelung öffnen. Zum einen ermöglichen der Aachener Vertrag Ausnahmeregelungen. Demnach soll es für bestimmte Projekte möglich sein, Ausnahmeregelungen von nationalem Recht zu erlassen.

Zum anderen verweisen Stöcker und Amacker auf den Vorschlag einer Verordnung, der bereits im Mai 2018 von der Kommission veröffentlicht wurde. Dieser

Mechanismus sollte es grenzübergreifenden Regionen ermöglichen, in einem Mitgliedstaat die Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaats anzuwenden, wenn die Rechtsvorschriften des einen Staats die Durchführung eines gemeinsamen Projektes behindern. Aktuell blockierten die Mitgliedstaaten leider das Verfahren. Stöcker und Amacker haben sich deshalb schriftlich an Florian Hassler, Staatssekretär und Vertreter Baden-Württembergs bei der EU, und an Bundesrat Ignazio Cassis gewandt. Gemeinsam werben Stöcker und Amacker dafür, sich für eine Sonderregelung und den Mechanismus-Vorschlag einzusetzen.